

18. Völker- und Besatzungsrecht bzgl. Deutschland: Bis zum heutigen Tage gültige rechtlich-gesetzliche Grundlagen, Vorschriften, Verträge und Abläufe



Abgeordnete Ausschüsse Texte Webarchiv (2005-2016)

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort ([□ 18/5178](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 ([□ 18/5033](#)). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der „These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches“ erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, „damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann“.

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964

*

Ein Völkerrechtssubjekt ist ein Rechtssubjekt im Völkerrecht, also ein Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten, dessen Verhalten unmittelbar durch das Völkerrecht geregelt wird.^[1]

Herausgeber

Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten

Verantwortlich: Christian Zentner (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Lisa Brüßler, Claudia Heine, Alexander Heinrich, Nina Jeglinski, Claus Peter Kosfeld, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Elena Müller, Sören Christian Reimer, Sandra Schmid, Michael Schmidt, Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein

> Herausgeber "heute im bundestag" (hib)

Abonnement

> Newsletter abonnieren

> RSS-Dienste

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

YEAR 2012

3 February 2012

JURISDICTIONAL IMMUNITIES
OF THE STATE

(GERMANY v. ITALY: GREECE intervening)

2012
3 February
General List
No. 143

Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass Bundesrepublik und Drittes Reich rechtlich identisch sind. Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates.

Quelle: <https://www.urteilsbesprechungen.de/2015/10/21/internationaler-gerichtshof-igh-urteil-vom-03-02-2012-no-143/>

**Erfüllung des Potsdamer Abkommens = Vertrag = Vertragen
= Frieden & Freiheit!**

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin
("Potsdamer Abkommen")
vom 2. August 1945

III.

Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die es unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt, und denen es blind gehorcht hat, begangen hat. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Quellverweis: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Die Rechtsgrundlage für die Befreiung von Deutschland und in Folge aller Nationen aus der faschistischen Gleichschaltungskolonie ist die bis heute offenbar volle Gültigkeit des alliierten Besatzungsrechts/ Besatzungsstatuts in Deutschland.

Das bedeutet die Umsetzung Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung aus *SHAEF und *SMAD:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Weitere Beweise:

*Verfassung des BRD- Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 -
zum 26.07.2014 aktuelle verfügbare Fassung der Gesamtausgabe*

Artikel 159: „Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigen deutschen Recht bleibt unberührt.“

www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/ffo/page/bshesprod.psm1?action=controls.jw.PrintOrSave

Hessenrecht Rechts- und Verwaltungsvorschriften Einzelnorm

juris-Abkürzung: Verf HE	Quelle: 
Fassung vom: 01.12.1946	Gliederungs-Nr: 10-1
Textnachweis ab: 01.01.2004	
Dokumenttyp: Gesetz	

**Verfassung des Landes Hessen
Vom 1. Dezember 1946**

Artikel 159

Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.

© juris GmbH

Verfassung Land Berlin vom 23. November 1995

Artikel 98

„Die zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus und zur Beseitigung ihrer Folgen erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieser Verfassung nicht berührt.“



Artikel 98

Die zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus und zur Beseitigung ihrer Folgen erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieser Verfassung nicht berührt.

Beweis-Quelle: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/verfassung/artikel.41498.php>

Beweis Banken AGB:

„...Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt,...

Verfügung von Hoher Hand im In- und Ausland eintreten.“

Quelle: https://bankenverband.de/media/file/AGB-Banken_40.000_Fassung_07_14.pdf

Schluss - Artikel 146 Geltungsdauer - Laufzeit alliiertes Militär- Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”



The screenshot shows the website **dejure.org** with a search bar and navigation tabs for Gesetze, Bundesgesetzblatt, Rechtsprechung, Nachrichten, and Stellenma. A red notification banner at the top reads: "Neue Suchfunktion: Probieren Sie die neue dejure.org-Browsererweiterung aus". The main content area is titled "Grundgesetz" and displays "XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)". Below this, "Art. 146" is highlighted, followed by the text: "Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben: Beweis SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III „...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!“

Sie sind hier: [Start](#) > [Inhaltsverzeichnis BRBG 2010](#) > **Artikel 108**

[Mail bei Änderungen](#) 

Artikel 108 - Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht (BRBG 2010 ^{k.a.Abk.})

G. v. 08.12.2010 BGBl. I S. 1864 (Nr. 63); Geltung ab 15.12.2010
63 Änderungen | Drucksachen / Entwurf / Begründung | wird in 50 Vorschriften zitiert

[Artikel 107](#) ←

→ [Artikel 109](#)

Artikel 108 Aufhebung des Gesetzes über die Sozialversicherung

(VIII-25, VIII-34, VIII-35, X-33, X-35, X-2, X-5)

Das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 486), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) geändert worden ist, wird aufgehoben.

[Artikel 107](#) ←

[Inhaltsverzeichnis](#)

→ [Artikel 109](#)

Durch den juristischen Taschenspieler-Trick der doppelten Aufhebung wurde der alliierte Vorbehalt / das Besatzungsrecht in Deutschland offiziell "durch die Hintertür" wieder eingeführt.

- Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG) vom 23.11.2007

Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht § 3 Folgen der Aufhebung

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben: 1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1), 2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2), 3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und 4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3 Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort.

Dazu zählen u. a. die Entnazifizierungsvorschriften aus alliierten SHAEF & SMAD, weil alle Deutschen und eingebürgerten Migranten bis zum heutigen Tag mit der *Deutschen Staatsangehörigkeit*/ *DEUTSCH* vom 5.02.1934 gegen ihren Willen juristisch Nazifiziert sind – Beweis Artikel 139 GG für die BRD - und die Übernahme der Kriegsfolge- und Besatzungskosten - Artikel 120 GG für die BRD

Das mangels Geltungsbereich ab 1990 erloschene Grund-Gesetz erhielt durch die vollständige Privatisierung der BRD einen AGB-Status. Basic Law II.

Wie bereits ausgeführt wurde der Geltungsbereich des BRD-Grundgesetzes 1990 ersatzlos gelöscht und damit das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die BRD als Staatsfragment in der Rechtsrealität nichtig.

Beweis: Artikel 23 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland: (Auszug- siehe weiter oben)

Die BRD und deren Verwaltungsunternehmen fungieren als

Gebietskörperschaften fortan nach dem internationalen See- und Handelsrecht (UCC) vergleichbar wie ein modernes (Sklaven-) Schiff.

Der gesamte Personalbestand des Seelenverkäufers SMS „DEUTSCH-Land“ befindet sich in einem juristischen Sklavenstatus.

Wie bereits erwähnt, ist das deutsche Kolonie-Personal NICHT wahl- und demzufolge nicht mitbestimmungsberechtigt.

Diese entscheidende Einschränkung spiegelt sich in der bundesdeutschen Herrschaftspraxis konkret wider. (Z. Bsp. TTIP, die EU- NATO- Verträge)

Die Anwendung des alliierten Militär-Grundgesetzes für die BRD wird wie bereits ausgeführt gemäß dem neu geschaffenen Europa-Artikel 23 GG auf das koloniale Unternehmen - NGO „Europäische Union“ stillschweigend ausgedehnt.

Durch die augenscheinliche Nazifizierung der Deutschen wird offenbar weiterhin an dem alliierten Besatzungsrecht zur Entnazifizierung/ engl. „Denacifikation“ in Deutschland und an den UN-Feindstaatenklauseln gegen Deutschland - das sog. „3. Reich“ festgehalten.



Das verfluchte Geisterschiff „Deutschland“



BERICHTE UND URKUNDEN

VÖLKERRECHT

Völkerrechtliche Praxis der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959

<http://www.zaoerv.de>

© 1961 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Artikel 8

- (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.
- (2) Die Ratifikations- oder Annahmearkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmearkunde.

- (c) " Property " shall mean and include all moveable and immoveable property and all legal, equitable or economic rights and interests in or claims to such property whether present or future, and shall include, but shall not be limited to, land and buildings, money, stocks, shares, patent rights or licenses thereunder, or other evidences of ownership, and bonds, bank balances, claims, obligations and other evidences of indebtedness, and works of art and other cultural materials;
- (d) A " national " of a state or government shall mean and include a subject or citizen and any partnership, corporation, or other juridical person existing under the laws of, or having a principal office in the territory of, such state or government;
- (e) " GERMANY " shall mean the area constituting " Das Deutsche Reich " as on 31 December 1937.

ARTICLE VIII

PENALTIES

10. Any person violating any of the provisions of this law shall, upon conviction by a Military Government Court, be liable to any lawful punishment, including death, as the Court may determine.

ARTICLE IX

EFFECTIVE DATE

11. This Law shall become effective upon the date of its first promulgation.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

Björn Hansen <bjhanse82@gmail.com>

Re: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Von: Heinrich Lorenz <Buergerservice@bmi.bund.de>
An: Björn Hansen <bjhanse82@gmail.com>

21.11.2016 um 12:35:14 MEZ

Betreff: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Unser Zeichen: O3-12007/1#1 – [REDACTED]
Ihr Zeichen: AV 1012309, 21. November 2016
Datum: 21. November 2016

Sehr geehrter Herr H [REDACTED],

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 21. November 2016.

Das Bundesministerium des Innern beantwortet keine weiteren Fragen zu den Thesen der sogenannten Reichsbürgerbewegung. Ein weiteres Antwortschreiben erfolgt daher nicht.

Das Grundgesetz ist entgegen Ihrer Behauptung weiterhin vorhanden und seit dem 01. Januar 1991 fester Bestandteil des bundesdeutschen Privatrechts und somit fester Bestandteil des Rechtsstaates innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

→ Anwendung ←

Unter Hinweis auf die Stellungnahme der Bundesregierung vom 20. Dezember 2013 (Bundestagsdrucksache 17/11970) zur Reichsbürgerbewegung wird auf weitere Ausführungen zu diesem Thema verzichtet.

Die Argumente der Reichsbürgerbewegung werden bis ins Detail von der Bundeszentrale für politische Bildung unter dem unten angegebenen Link und den weiterführenden Links auf der Seite 28 widerlegt. Schon vor diesem Hintergrund bedarf es keiner weiteren zusätzlichen Stellungnahme durch das Bundesministerium des Innern.

http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/ies/pdfs/reichsbuerger_web.pdf

http://buch.sonnensaatland.com/verwaerts_in_die_vergangenheit.pdf

<http://www.km-faq.net/faq.php>


Halten die westalliierten Siegermächte das „Deutschland“ = das „Deutsche Reich“ bis heute mit Hilfe deren Treuhandverwaltung/ Besatzungsregime „BRD“ einfach okkupiert?

Hält die USA das „Deutsche Reich“ = Deutschland und damit Europa gefangen?

 **DEUTSCHES REICH** - 1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144, USA

 **HANDELSREGISTERNUMMER**
NV20031304121 NV

 **FIRMENSTATUS**
EINGETRAGEN

 **PROTOKOLLIERTER SITZ**
1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144
US



LAND
US

BUNDESTAAT
Nevada

GRÜNDUNGSDATUM
2003-03-24

REGISTRIERTER VERTRETER
CORPORATION MAKERS, INC.
1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144
US

ALTER DER FIRMA
14 Jahre



Firmen Details für DEUTSCHES REICH wurden direkt oder indirekt von offiziellen Handelsregistern bezogen.

Sie befinden sich hier: Deutsches Reich - 1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144, USA





BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Egon Bahr spricht über die

KANZLERAKTE

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Lange galt sie als Verschwörungstheorie: Die „Kanzlerakte“, ein geheimer alliierter Machtvorbehalt, den die Bundeskanzler zu unterzeichnen hatten. Inzwischen bestätigt Egon Bahr deren Existenz

Von einem „Unterwerfungsbrief“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei

drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. – Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt. Nachdem ich die Leitung des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz.

Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb

Dieser Markstein der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 15. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer

VS-Verschlusssache
NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Handwritten signature

BUNDESNACHRICHTENDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

Handwritten initials

NUR FÜR MINISTER

S t r e n g s t e V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom
21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Hochachtungsvoll

Handwritten signature
Dr. Rickermann
Staatsminister

*Original
Gibt es
vermischen!*

*Original
1/1*

Original erhalten am: 6
z.d.A. am: 14.9.92
WVl am:

Hilfe vom "großen Bruder": Hauptbahnhof in Nürnberg soll künftig vom US-Militär patrouilliert werden 28. Mai 2023 22:00 Uhr

US-Militär, das in Bayern stationiert ist, soll künftig der Bundespolizei beim Patrouillieren des Hauptbahnhofs in Nürnberg helfen. Das ergibt sich Medienberichten zufolge aus dem **neuen Sicherheitskonzept**, das der CSU-Bürgermeister der Stadt angesichts gesteigener Kriminalität ausarbeiten ließ.



Quelle: Gettyimages.ru © Roland Holschneider/picture alliance via Getty Images

Das US-Militär in Deutschland übte insbesondere vor der Wende Polizeifunktionen aus. Eine mit einem Maschinengewehr bewaffnete US-Militärpatrouille auf Kontrollfahrt an der Berliner Mauer, Januar 1986.

Quelle: <https://de.rt.com/inland/171218-hilfe-vom-grossen-bruder-hauptbahnhof-wird-von-us-militaer-patrouilliert/>

Sicherheit

Warum in Nürnberg künftig US-Militärpolizei patrouilliert

24. Mai 2023, 8:43 Uhr | Lesezeit: 3 min



Der Nürnberger Hauptbahnhof hat einen schlechten Ruf. Das liegt an der hohen Kriminalität. (Foto: Norbert Probst/imagio)

An kaum einem anderen Bahnhof in Deutschland werden mehr Gewaltdelikte begangen als in Nürnberg. Die Stadt hat deshalb ein neues Sicherheitskonzept ausgearbeitet - mit überraschender Verstärkung.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/nuernberg-hauptbahnhof-polizei-us-militaer-sicherheit-gewalt-verbrechen-1.5877141?reduced=true#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Gewaltdelikte%20in,US-Milit%C3%A4rpolizei%20am%20Hauptbahnhof%20patrouillieren>

Offenkundige Tatsachen 2023

Es geht ausschließlich nur darum, einen ewigen Welt-Krieg und ein satanisches Machtsystem aufrecht zu erhalten:

Solange das Besatzungsregime mit der irreführenden Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" mit der Bezeichnung "Deutschland" verwechselt wird, können die Nazis ihren Vorteil immer weiter ausbauen. Zu diesem Machterhalt wird die Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" vermieden und fälschlicherweise stets als "Deutschland" angesprochen! (Kriegslisten sind erlaubt - HLKO Art.24)

Metaphern:

"Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß."
Die Birne hält alle zum Narren, sodass jeder glaubt, die Birne sei ein Apfel.
Frau Schmidt, die den handlungsunfähigen Herrn Müller betreut, gibt sich selbst als Herr Müller aus.

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).
Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden,
sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

Besatzungsregime: Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besitzer) genannt. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Abschließende Feststellung:

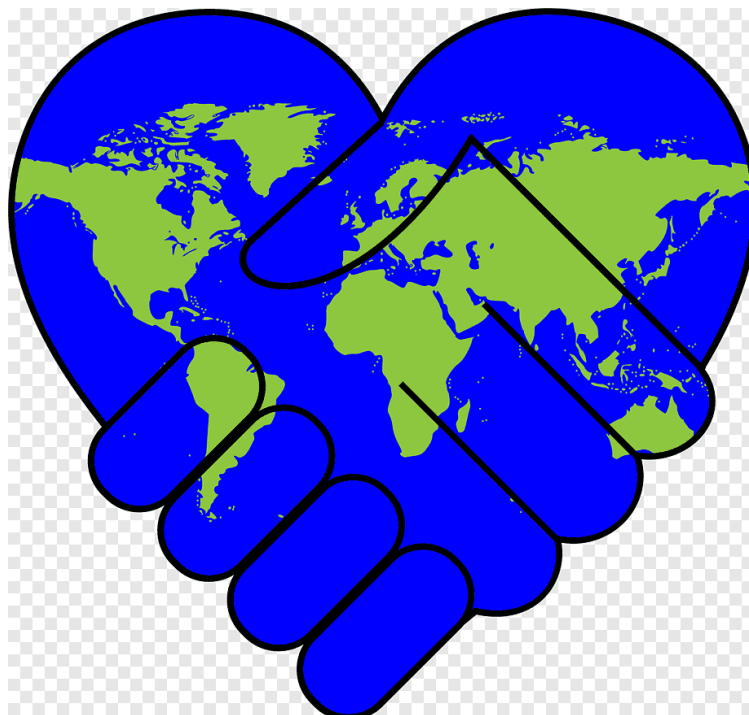
Die Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutschland“ ist zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung und dem Abschluss von Friedensverträgen mit allen kriegsbeteiligten Nationen zur Beendigung des weltweiten Kriegszustandes zwingend notwendig.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens würde nach Einhaltung aller völkerrechtlichen Beschlüsse vom 02.08.1945 in logischer Folge auch die provisorische kriegerische Besetzung "Deutschlands" = des „Deutschen Reiches“ bedeuten.

Damit wäre die Beendigung der provisorischen Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland eingeleitet.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens beendet das provisorische „Grundgesetz“ für die Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" in Bezug auf Deutschland, da die Geltungsdauer (s. Artikel 146 GG) des Grundgesetzes in diesem Moment ihr Ende findet, wenn Deutschland = das Deutsche Reich im Rahmen der Erfüllung des Potsdamer Abkommens wieder handlungsfähig wird.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens bedeutet auch das Ende der hoheitlichen Rechte der "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland. Dies würde in logischer Folge auch das Ende der Wirksamkeit der Organe der "Bundesrepublik Deutschland", ihrer angeschlossenen Regierungs- und Verwaltungsorganisationen einschließlich der Geheimdienste bedeuten, die alle nur provisorisch auf Deutschland wirksam sein dürfen, bis das Potsdamer Abkommen erfüllt wird.



Haager Landkriegsordnung

Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges

Artikel 24.

Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.

- Sefton Delmer (1904-1979) – bedeutender englischer Journalist: "Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, umso besser. Lügen, Betrug - alles"

Quelle: Die Deutschen und ich, Hamburg 1963, S. 590

Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“



Dönitz verlas am 7. Juli 1945 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft folgende Erklärung:

„Durch die, mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei deutschen Wehrmachtsteile, hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden.

Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden.“

Gesetz Nr. 52

Artikel VII

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

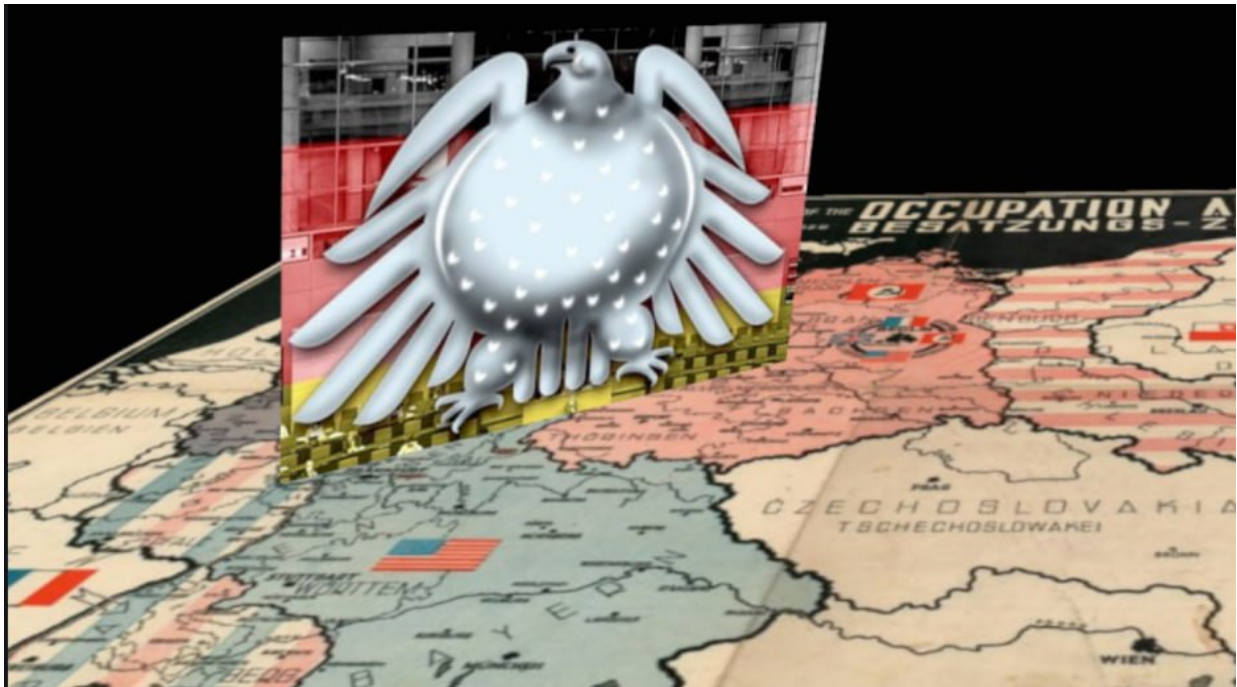
Gesetz Nr. 53

Artikel VII

g) Der Ausdruck „Deutschland“ bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember 1937 das „Deutsche Reich“ bestand.

Gesetz Nr. 161

2. Der Ausdruck „Grenzen des deutschen Reiches“ der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.



Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

"Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält.

Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet (...)

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet."

Sowohl die "Bundesrepublik Deutschland" als auch die "Deutsche Demokratische Republik" sind im Rahmen des sog. "Besatzungsstatuts" errichtete Verwaltungs-Organisationen und damit **Besatzungsregime!**



Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält. Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet und schränkt damit die Souveränität des betroffenen Landes erheblich ein. Nach den Genfer Konventionen haben Besatzungsmächte besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung im besetzten Gebiet.

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl. zB BVerfG, 1958-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <'28>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

=== =====

Deutscher Bundestag

18. Wahlperiode

7. Gedenkt die Bundesregierung für Klarheit zu sorgen und die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches öffentlich als unhaltbar zurückzuweisen, damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann?

Drucksache 18/5178

15.06.2015

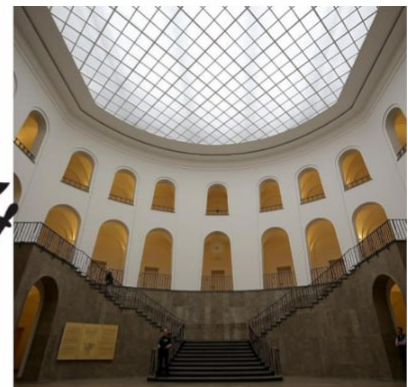
Die Bundesregierung verweist hierzu auf ihre Antwort zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4076 vom 20. Februar 2015.

Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist (BVerfGE 36, S. 1, 16; vgl. auch BVerfGE 77, S. 137, 155). Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/3744 vom 6. Dezember 2006 verwiesen.



Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.



- ¹ Es wird festgestellt, dass die Äußerung des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Bezug auf den Kläger
- ² "[Er] versteigt sich zu der Aussage, dass das ‚Deutsche Reich‘ 1945 nicht untergegangen sei."
- ³ rechtswidrig war.

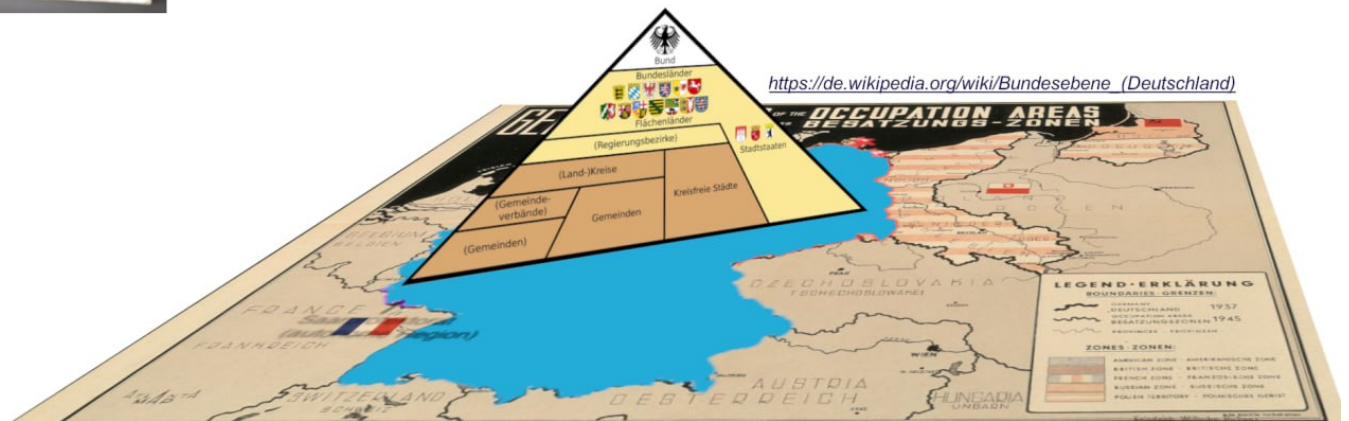
VG Köln, Urteil vom
22.12.2022 - 13 K 2736/19





¹⁶ Staatsrechtlich ist die Bundesrepublik Deutschland somit eine juristische Person des öffentlichen Rechts – eine Gebietskörperschaft –, die Träger von Rechten und Pflichten ist und durch ihre Organe handelt.

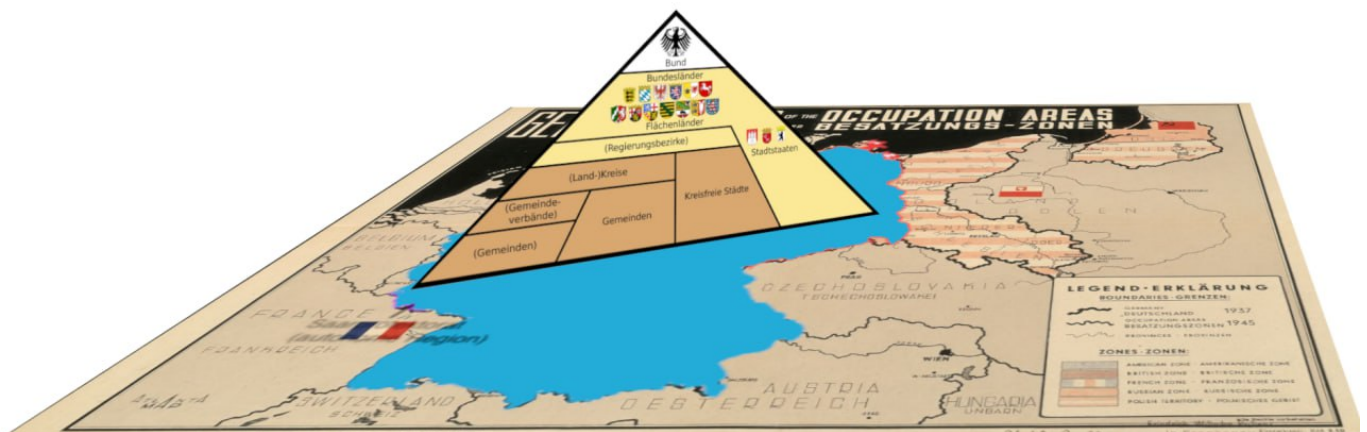
Quelle: <https://www.amazon.de/Staatsrecht-I-Staatsorganisationsrecht-Academia-Iuris/dp/3800665506>



[https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))

Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html



Die Deutschland-Attrappe



Staat
"Deutsches Reich"
= Deutschland

angloamerikanische
Treuhand-Verwaltung
BRD

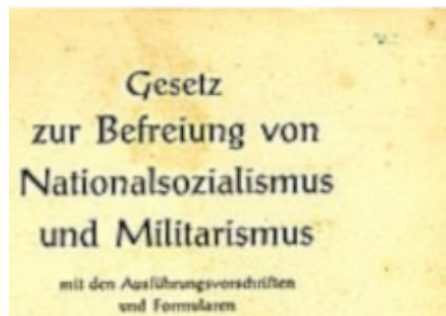


Bundesrepublik Deutschland

Flagge Wappen

Amtssprache	Deutsch ¹
Hauptstadt	Berlin
Staats- und Regierungsform	parlamentarischer Bundesstaat (Bundesrepublik)
Verfassung	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Staatsoberhaupt	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Regierungschef	Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)
Parlament(e)	Deutscher Bundestag und Bundesrat
Fläche	357.588 ^[1] (52.) km²
Einwohnerzahl	84.079.811 (30. Juni 2022) ^[2]

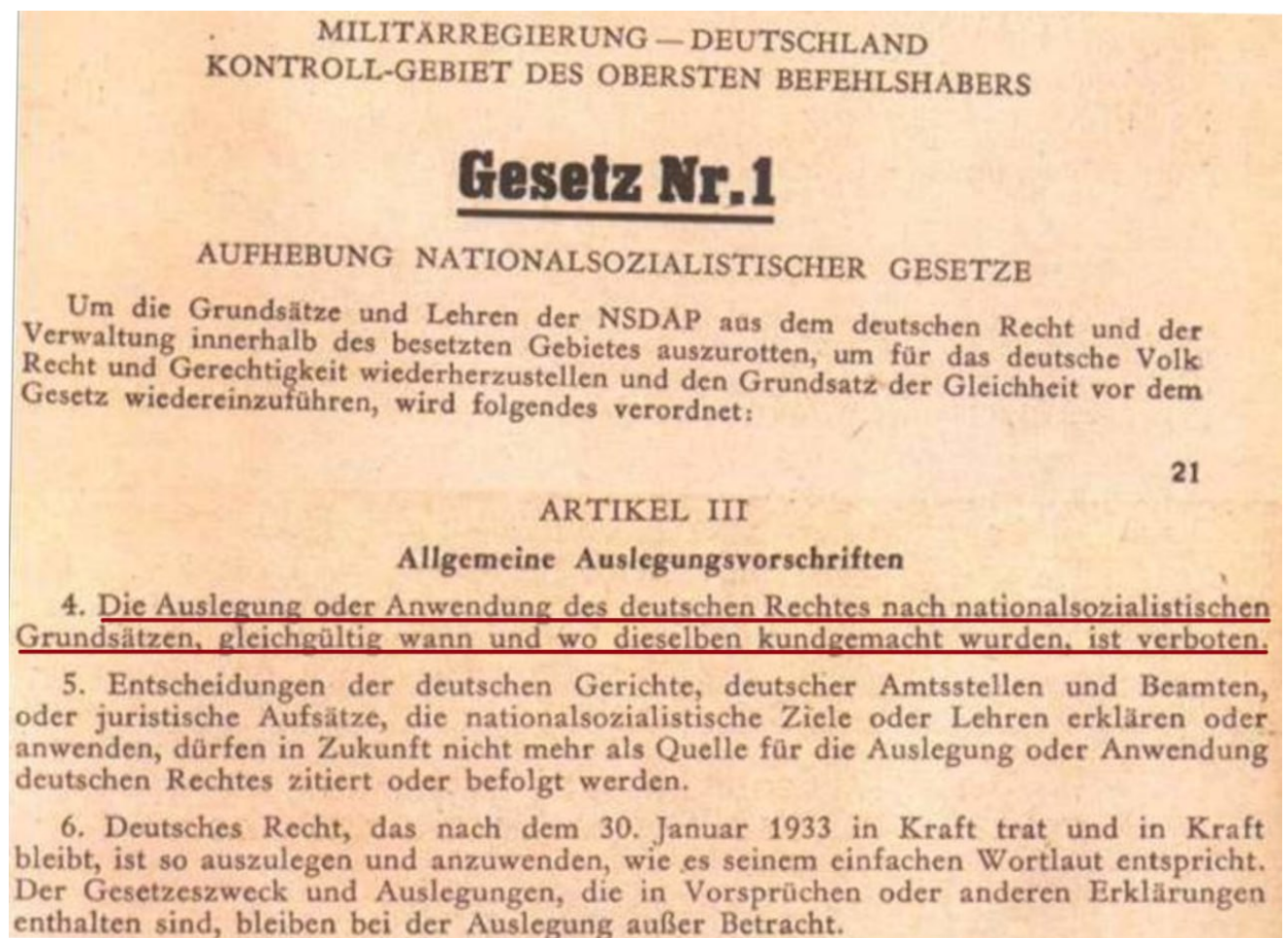


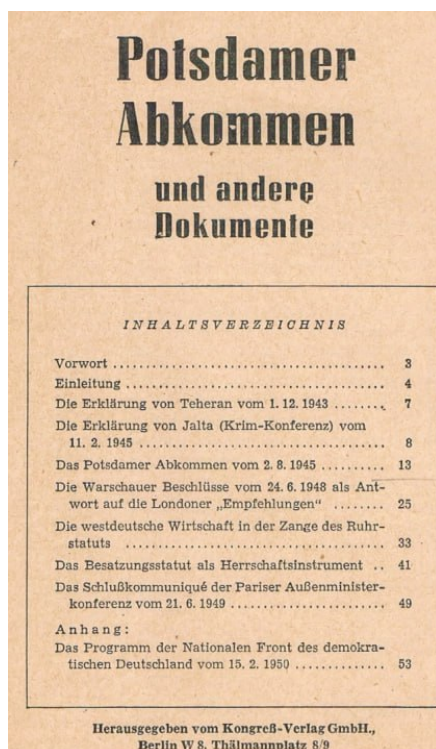


Artikel 139 Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung



Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.





Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Artikel 139 Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Gesetz Nr. 104

zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

vom 5. März 1946

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört. Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerläßliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.
2. Während der vergangenen Monate, die der Kapitulation folgten, hat die Amerikanische Militärregierung die Entfernung und den Ausschluß von Nationalsozialisten und Militaristen aus der Verwaltung und anderen Stellen durchgeführt.
3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluß in der Anweisung Nr. 24 aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das deutsche Volk verbindlich sind.
4. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung einschließlich seiner ersten Ausführungs-Verordnung hat die Befreiung auf das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt und das Vorstellungsverfahren durch deutsche Prüfungsausschüsse eingeführt.
5. Die Amerikanische Militärregierung hat nunmehr entschieden, daß das deutsche Volk die Verantwortung für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus auf allen Gebieten mitübernehmen kann. Der Erfüllung der damit dem deutschen Volk übertragenen Aufgabe dient dieses Gesetz, das sich im Rahmen der Anweisung Nr. 24 des Kontrollrates hält.

Auszug:

Gesetz (Nr. 104) zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
Quelle: <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/>



Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin - Potsdamer Abkommen, 2. August 1945

III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigene Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.



Artikel 139
(Befreiungsgesetz)
Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.



Hallstein-Doktrin

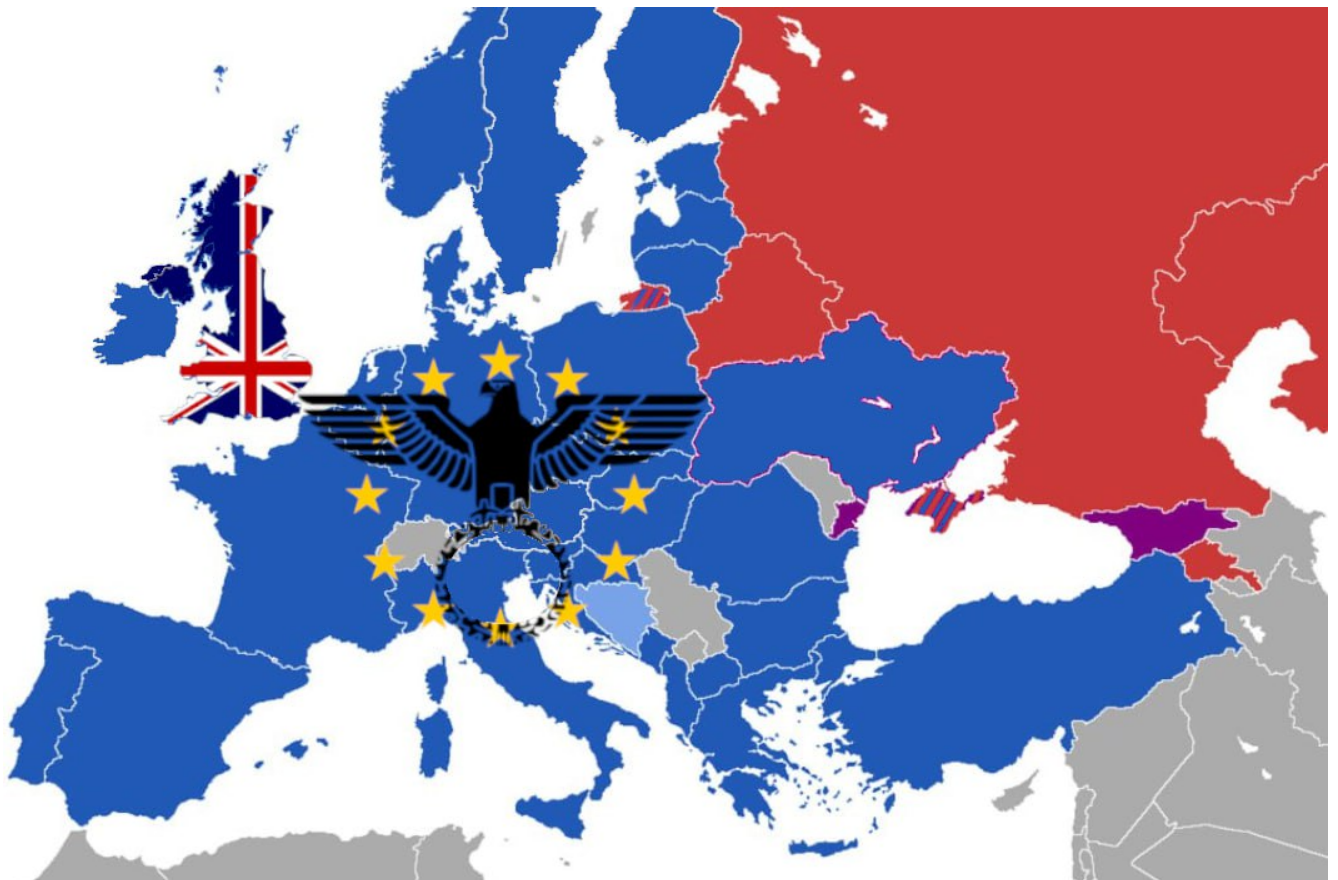
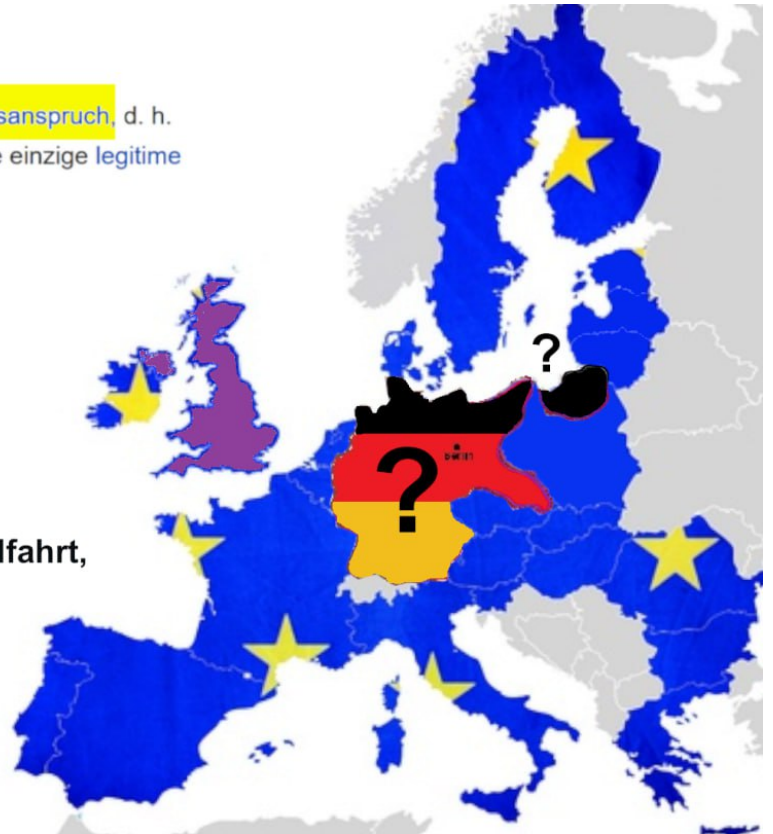
Grundlage der Doktrin war der **Alleinvertretungsanspruch**, d. h. die Auffassung, wonach **die Bundesrepublik die einzige legitime Vertretung des deutschen Volkes sei.**

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hallstein-Doktrin>



Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.

https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de (Zitat-Quelle)

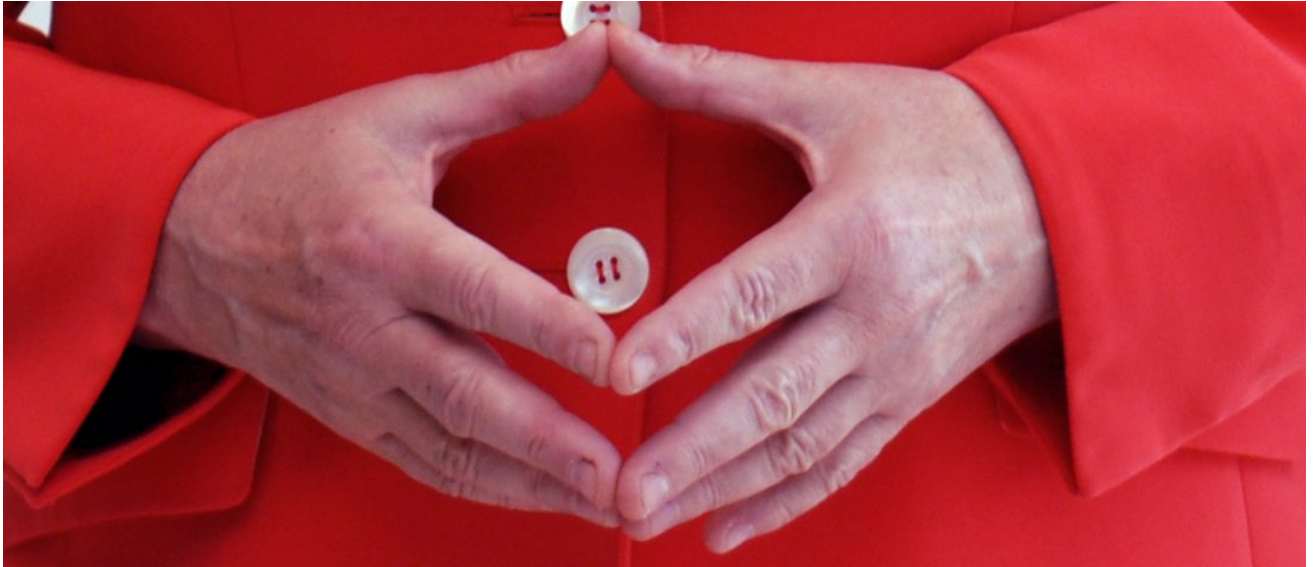




Die gesamte weltweite, komplexe Steuerung dient offensichtlich einzig und allein dazu, die Umsetzung des gültigen Potsdamer Abkommens - Teil III Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Deutschland zu blockieren, damit der weltweite Kriegszustand und das angloamerikanische Besatzungsregime "Bundesrepublik Deutschland" AUF Deutschland weiter fortbestehen werden kann, um die Weltherrschaft - das 5. Reich zu vollenden!







Ergebnis des gesamten Wahnsinns:

Die gesamte angloamerikanisch-westliche Gesellschaft ist nur ein hohles, verlogenes, völlig sinnentleertes Menschengebilde - angereichert mit Wahnhaflichkeiten!

Multinationale Mafia-Strukturen lenken, leiten und mißbrauchen heutzutage die BRD für ihre eigenen niederen, gewinnorientierten Machtinteressen.

Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/AshkeNazi_Jews

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Aschkenasim>

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kohen>

Quelle: <https://www.juedische-allgemeine.de/religion/geistige-elite/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Kohen#Kohen_als_moderner_Familiename

ERKENNE DICH SELBST & RETTE DEINE SEELE!

